



# Die Auswirkungen auf die Menschenrechte bei Sezessionen von Staaten und Gemeinwesen, die von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt werden [

Marcial Pons,  
2018-10-08

[info:eu-repo/semantics/article](https://doi.org/10.21203/3.10001402)

[info:eu-repo/semantics/publishedVersion](https://doi.org/10.21203/3.10001402)

Artículo revisado por pares

Analítica

Das Abspaltungsprojekt eines Teils der katalanischen Gesellschaft macht es erforderlich, darüber zu reflektieren, wie sich sowohl die geschaffenen Staaten als auch die de facto entstandenen Gemeinwesen, die nicht von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt werden, in Bezug auf die Menschenrechte und die Rechte ihrer enthaltenen Minderheiten verhalten bzw. verhalten werden. In Ländern wie Estland und Litauen sind Unregelmäßigkeiten dahingehend zu beobachten, dass der russischstämmigen Bevölkerung die Nationalität verweigert wird, da sie nicht die Landessprache sprechen; in Eritrea wurde denjenigen Eritreern die Rückkehr verweigert, die in Äthiopien Ihren Wohnsitz hatten, aus Misstrauen wegen ihres Einsatzes für den neuen Staat; In Mazedonien wurden die Wahlbezirke verändert, um die Vertretung der Albaner im Parlament zu reduzieren; usw. Da es keine allgemeinen internationalen Normen gibt, die sicherstellen, dass die neugebildeten Staaten bei der Einhaltung der Menschenrechte an die ratifizierten Verträge Ihrer Ausgangsstaaten gebunden sind, hängt alles vom Eingreifen der internationalen Überwachungsorganisationen ab. Im Fall der Staaten mittels einer 'Lehre von den erworbenen Menschenrechten', die das Rechtsvakuum verhindert. Zuständig wäre bei Staaten der EGMR, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der UNO. Im Falle der 'de facto' Gemeinwesen, wie Bergkarabach, Transnistrien oder die Türkische Republik Nordzypem erfolgt die Normbindung durch ein paar Spielregeln, die das Verantwortlichkeitsvakuum verhindern. Hierzu wird die Souveränität des herrschenden Staats anerkannt, jedoch -ohne staatliche internationale Verpflichtungen- bis das Gebiet wiederum von einem neuen Staat besetzt wird und dieser nun in der Verantwortung steht. Diese Verantwortlichkeit, kann auch gegenüber einer Aufstandsbewegung innerhalb dieses besetzten Gebiets geltend gemacht werden, wenn diese nicht unter der effektiven Kontrolle der Gebietsbesetzer steht. Diese Praxis offenba

Das Abspaltungsprojekt eines Teils der katalanischen Gesellschaft macht es erforderlich, darüber zu reflektieren, wie sich sowohl die geschaffenen Staaten als auch die de facto entstandenen Gemeinwesen, die nicht von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt werden, in Bezug auf die Menschenrechte und die Rechte ihrer enthaltenen Minderheiten verhalten bzw. verhalten werden. In Ländern wie Estland und Litauen sind Unregelmäßigkeiten dahingehend zu beobachten, dass der russischstämmigen Bevölkerung die Nationalität verweigert wird, da sie nicht die Landessprache sprechen; in Eritrea wurde denjenigen Eritreern die Rückkehr verweigert, die in Äthiopien ihren Wohnsitz hatten, aus Misstrauen wegen ihres Einsatzes für den neuen Staat; In Mazedonien wurden die Wahlbezirke verändert, um die Vertretung der Albaner im Parlament zu reduzieren; usw. Da es keine allgemeinen internationalen Normen gibt, die sicherstellen, dass die neugebildeten Staaten bei der Einhaltung der Menschenrechte an die ratifizierten Verträge ihrer Ausgangsstaaten gebunden sind, hängt alles vom Eingreifen der internationalen Überwachungsorganisationen ab. Im Fall der Staaten mittels einer 'Lehre von den erworbenen Menschenrechten', die das Rechtsvakuum verhindert. Zuständig wäre bei Staaten der EGMR, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der UNO. Im Falle der 'de facto' Gemeinwesen, wie Bergkarabach, Transnistrien oder die Türkische Republik Nordzypern erfolgt die Normbindung durch ein paar Spielregeln, die das Verantwortlichkeitsvakuum verhindern. Hierzu wird die Souveränität des herrschenden Staats anerkannt, jedoch -ohne staatliche internationale Verpflichtungen- bis das Gebiet wiederum von einem neuen Staat besetzt wird und dieser nun in der Verantwortung steht. Diese Verantwortlichkeit, kann auch gegenüber einer Aufstandsbewegung innerhalb dieses besetzten Gebiets geltend gemacht werden, wenn diese nicht unter der effektiven Kontrolle der Gebietsbesetzer steht. Diese Praxis offenba

Das Abspaltungsprojekt eines Teils der katalanischen Gesellschaft macht es erforderlich, darüber zu reflektieren, wie sich sowohl die geschaffenen Staaten als auch die de facto entstandenen Gemeinwesen, die nicht von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt werden, in Bezug auf die Menschenrechte und die Rechte ihrer enthaltenen Minderheiten verhalten bzw. verhalten werden. In Ländern wie Estland und Litauen sind Unregelmäßigkeiten dahingehend zu beobachten, dass der russischstämmigen Bevölkerung die Nationalität verweigert wird, da sie nicht die Landessprache sprechen; in Eritrea wurde denjenigen Eritreern die Rückkehr verweigert, die in Äthiopien ihren Wohnsitz hatten, aus Misstrauen wegen ihres Einsatzes für den neuen Staat; In Mazedonien wurden die Wahlbezirke verändert, um die Vertretung der Albaner im Parlament zu reduzieren; usw. Da es keine allgemeinen internationalen Normen gibt, die sicherstellen, dass die neugebildeten Staaten bei der Einhaltung der Menschenrechte an die ratifizierten Verträge ihrer Ausgangsstaaten gebunden sind, hängt alles vom Eingreifen der internationalen Überwachungsorganisationen ab. Im Fall der Staaten mittels einer 'Lehre von den erworbenen Menschenrechten', die das Rechtsvakuum verhindert. Zuständig wäre bei Staaten der EGMR, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der UNO. Im Falle der 'de facto' Gemeinwesen, wie Bergkarabach, Transnistrien oder die Türkische Republik Nordzypern erfolgt die Normbindung durch ein paar Spielregeln, die das Verantwortlichkeitsvakuum verhindern. Hierzu wird die Souveränität des herrschenden Staats anerkannt, jedoch -ohne staatliche internationale Verpflichtungen- bis das Gebiet wiederum von einem neuen Staat besetzt wird und dieser nun in der Verantwortung steht. Diese Verantwortlichkeit, kann auch gegenüber einer Aufstandsbewegung innerhalb dieses besetzten Gebiets geltend gemacht werden, wenn diese nicht unter der effektiven Kontrolle der Gebietsbesetzer steht. Diese Praxis offenba

<https://rebiunoda.pro.baratznet.cloud:38443/OpacDiscovery/public/catalog/detail/b2FpOmNlbGVicmF0aW9uOmVzLmJhcmF0ei5yZW4vMzEzNTY2MzQ>

---

**Título:** Die Auswirkungen auf die Menschenrechte bei Sezessionen von Staaten und Gemeinwesen, die von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt werden [electronic resource]

**Editorial:** Marcial Pons 2018-10-08

**Tipo Audiovisual:** Internationales öffentliches Recht nationale Minderheiten Sezession Menschenrechte Europarat Staatennachfolge Katalonien public International Laws national minorities secession Human Rights European Council Succession of States Catalonia Derecho internacional público minorías nacionales secesión derechos humanos Consejo de Europa sucesión de Estados Cataluña

**Variantes del título:** Winning Essay of IX Price Enrique Ruano Casanova: Grameen Bank: The Bank of the Poor. The Impact of a Tool to Vanish Poverty and to Empower Women Los efectos en los derechos humanos de las secesiones de Estados y entidades no aceptadas por la comunidad internacional

**Documento fuente:** FORO. Revista de Ciencias Jurídicas y Sociales, Nueva Época; Vol. 21 Núm. 1 (2018); 57-91

**Nota general:** application/pdf

**Restricciones de acceso:** Open access content. Open access content star

**Lengua:** Spanish

**Enlace a fuente de información:** FORO. Revista de Ciencias Jurídicas y Sociales, Nueva Época; Vol. 21 Núm. 1 (2018); 57-91 2255-5285 1698-5583

**Otras relaciones:** <https://revistas.ucm.es/index.php/FORO/article/view/61799/4564456548271> /ref\*/Aasland, A., 'Citizenship Status and Social Exclusion in Estonia and Latvia', Journal of Baltic Studies, vol. 33, núm. 1 (2007), pp. 57-77 /ref\*/Andaluz Vegacenteno, H., 'El derecho de la sucesión de Estados', Revista de la Facultad de Ciencias Sociales y Jurídicas de Elche, vol. I, núm. 2 (2007), pp. 258-293 /ref\*/Arp, B., Las minorías nacionales y su protección en Europa, Madrid, CEC, 2008 /ref\*/Aust, A., Convención de Viena sobre la sucesión de Estados en materia de tratados, New York, United Nations, 2010 /ref\*/Cassese, A., Self-Determination of Peoples: A Legal Reappraisal, New York, Cambridge University Press, 1995 /ref\*/Crawford, J., The Creation of States in International Law, New York, Oxford University Press, 1997 /ref\*/Díaz Barrado, C., La protección de las minorías nacionales en el Consejo de Europa, Madrid, Edisofer, 1999 /ref\*/Dorodnova, J., 'Quién pertenece a Letonia?', Tempo Exterior, núm. 5 (2002), pp. 33-53 /ref\*/Dorodnova, J., 'Challenging Ethnic Democracy: Implementation of the Recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Latvia, 1993-2001', CORE Working Paper, núm. 9 (2003) /ref\*/Drnas de Clément, Z., 'La complejidad del principio pro homine', Jurisprudencia Argentina, núm. 12 (2015), pp. 98-111 /ref\*/Dumberry, P., 'New State Responsibility for Internationally Wrongful Acts by an Insurreccional Movement', European Journal of International Law, vol. 17, núm. 3 (2006), pp. 605-621 /ref\*/Flores Juberías, C., 'Sistemas electorales y minorías étnicas en la Europa Central y del Este: de la transición a la consolidación de la democracia', Revista de Estudios Políticos, núm. 166 (2014), pp. 41-67 /ref\*/Freixas Sanjuán, T., 'Secesión de Estados e integración en la Unión Europea. A propósito del debate sobre la permanencia en la Unión de Escocia y Cataluña como Estados segregados del Reino Unido y España', Revista Jurídica de Catalunya, núm. 2 (2014), pp. 297-329 /ref\*/Galbreath, D., 'The Politics of European Integration and Minority Rights in Estonia and Latvia', Perspectives on European Politics and Society, vol. 4, núm. 1 (2008), pp. 35-53 /ref\*/García Andrade, P., 'La ciudadanía europea y la sucesión de Estados: a vueltas con las implicaciones de una separación territorial en el seno de la UE', Revista de Derecho Comunitario Europeo, núm. 49 (2014), pp. 997-1025 /ref\*/García-Corrochano Moyano, L., 'Sucesión de Estados en materia de tratados', Agenda Internacional, vol. 3, núm. 7 (1997), pp. 121-132 /ref\*/Gros Espiell, H., 'Los métodos de interpretación utilizados por la Corte Interamericana de Derechos Humanos en su jurisprudencia contenciosa', en R. Nieto Navia (ed.), La Corte y el sistema interamericano de derechos humanos, San José de Costa Rica, CIDH, 1994, pp. 39 y ss /ref\*/Järve, P., 'Ethnic Democracy and Estonia: Application of Smooha's Model', European Centre for Minority Issues Working Paper, núm. 7 (2000) /ref\*/Kaminga, M. T., 'State Succession in Respect of Human Rights Treaties', European Journal of International Law, vol. 7, núm. 4 (1996), pp. 469-484 /ref\*/López Martín, A. G., y Perea Unceta, J. A., Creación de Estados, secesión y reconocimiento, Valencia, Tirant Lo Blanch, 2018 /ref\*/Mariño Menéndez, F., La protección internacional de las minorías, Madrid, Ministerio de Asuntos Sociales, 2001 /ref\*/Martínez Jiménez, A., El derecho de autodeterminación de los pueblos en el siglo xxi, Pamplona, Aranzadi, 2015 /ref\*/Medina Ortega, M., 'Los ciudadanos europeos y la secesión de territorios en la Unión Europea', Revista de Derecho de la Unión Europea, núm. 25 (2013), pp. 69-86 /ref\*/Musgrave, Th. D., Self-Determination and National Minorities, New York, Oxford University Press, 2000 /ref\*/Odriozola Mariscal, C. E., 'Tratados y sucesión de Estados', Ars Iuris, núm. 22 (1999), pp. 184-216 /ref\*/Pascual Vives, F. J., 'Consenso e interpretación evolutiva de los tratados regionales de derechos humanos', Revista Española de Derecho Internacional, vol. 66, núm. 2 (2014), pp. 113-153 /ref\*/Perea Unceta, J. A., El Derecho internacional de secesión, Madrid, Facultad de Derecho de la Universidad Complutense de Madrid, 2008 /ref\*/Pons Rafols, X., Cataluña: derecho a decidir y Derecho internacional, Madrid, Reus, 2015 /ref\*/Radoslavov Yordanov, Y., 'La secesión de territorios en un Estado miembro de la Unión Europea y sus consecuencias en relación con las minorías resultantes', Anuario

Hispano-Luso-Americano de Derecho Internacional, núm. 23 (2017), pp. 385-422 /[\\*ref\\*/Ridao Martín, J., y González Bondía, A., 'La Unión Europea ante la eventual creación de nuevos Estados surgidos de la secesión de Estados miembros', Revista de Derecho de la Unión Europea, núm. 28 \(2014\), pp. 363-390](#) /[\\*ref\\*/Ruiz Vieytez, E., Minorías, inmigración y democracia en Europa. Una lectura multi-cultural de los derechos humanos, Valencia, Tirant lo Blanch, 2006](#) /[\\*ref\\*/Schachter, O., 'State Succession: The Once and Future Law', Virginia Journal of International Law, vol. 33 \(1993\), pp. 253 y ss](#) /[\\*ref\\*/Smith, G., 'The Ethnic Democracy Thesis and the Citizenship Question in Estonia and Latvia', Nationalities Papers, vol. 24, núm. 2 \(2007\), pp. 199-216](#) /[\\*ref\\*/Tancredi, A., La secesione nel diritto internazionale, Padova, Cedam, 2006](#) /[\\*ref\\*/Trindade, A. A. C., Direito internacional e direito interno: sua interação na proteção dos direitos humanos, San José de Costa Rica, 2004](#)

---

## **Baratz Innovación Documental**

- Gran Vía, 59 28013 Madrid
- (+34) 91 456 03 60
- [informa@baratz.es](mailto:informa@baratz.es)